

Zeit, abzubiegen



Konjunktur. Die Lage ist schlecht und keine Besserung in Sicht – die deutsche Wirtschaft kommt nicht aus der Krise. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet daher für 2024 mit einem stagnierenden Bruttoinlandsprodukt. Was die Politik tun muss, um der Wirtschaft neuen Schwung zu verleihen, liegt auf der Hand: Kosten für Unternehmen reduzieren, Bürokratie abbauen und vor allem investieren. Inzwischen türmt sich in Deutschland ein Investitionsbedarf von 600 Milliarden Euro, wie das IW gemeinsam mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung errechnet hat. Das sind 140 Milliarden Euro mehr, als 2019 von den beiden Instituten kalkuliert. —> [Seiten 2-5](#)

Arbeitszeit

Die Generation Z will weniger arbeiten? Stimmt, doch diese Altersgruppe ist nicht die einzige, die sich eine kürzere Wochenarbeitszeit wünscht.

—> [Seite 6](#)

Weiterbildung

Die Zahl der Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Weiterbildungen anbieten, erreicht mit 93 Prozent ein neues Rekordhoch.

—> [Seiten 12-13](#)

Bloßes Abwarten reicht nicht

IW-Konjunkturprognose. Deutschland tritt wirtschaftlich auf der Stelle. Zwar legt der Konsum in diesem Jahr zu, aber vor allem die Industrie und die Bauwirtschaft sorgen dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt 2024 stagniert. Ein Aufwärtstrend ließe sich einläuten, dazu müsste die Politik allerdings zügig weitreichende Entscheidungen fällen.

Deutschlands Motor stottert. Im vergangenen Jahr sank das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 0,2 Prozent. Zum einen wirkten sich der Krieg in der Ukraine und die Konflikte im Nahen Osten sowie internationale Spannungen mit China negativ auf die exportorientierte deutsche Wirtschaft aus. Zum anderen schwächelten große Wirtschaftszweige weiterhin (Grafik):

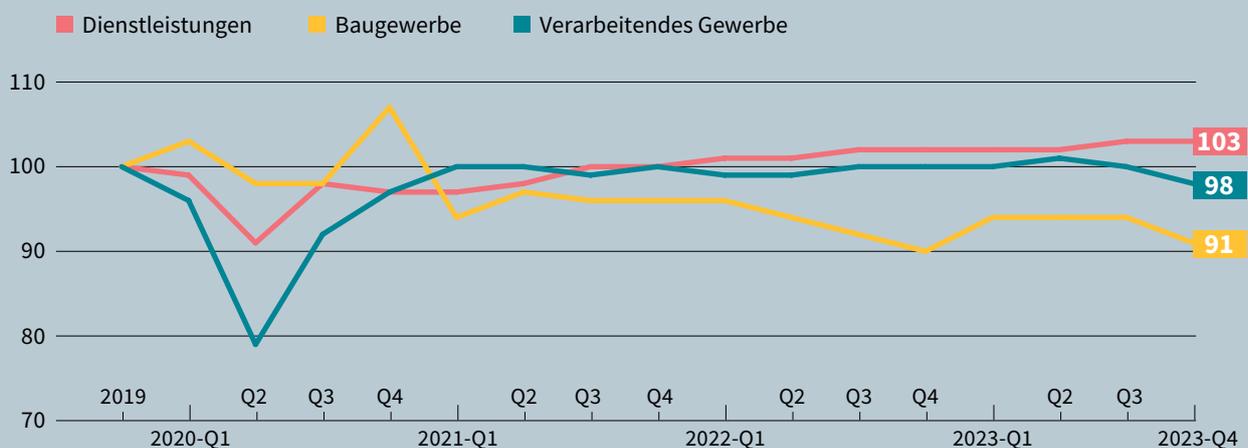
Die Bruttowertschöpfung in der Industrie lag Ende 2023 rund 2 Prozent unter dem Wert von 2019. Im Baugewerbe betrug das Minus sogar 9 Prozent.

Einzig der Dienstleistungssektor legte im selben Zeitraum mit 3 Prozent leicht zu – konnte die Verluste der anderen Bereiche im Jahr 2023 aber nicht ausgleichen. Und auch der Blick auf das laufende Jahr ist in den Unternehmen mehrheitlich trüb, wie die IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr dieses Jahres gezeigt hat (siehe iwd 9/2024).

Für die Konjunktur bedeutet das nichts Gutes, zumal aufgrund der unverändert schwierigen Weltlage erst einmal nicht mit großen positiven Effekten von außen zu rechnen ist. Entsprechend ernüchternd fällt die Konjunk-

Konjunktur: Baugewerbe schwächelt

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung in Deutschland, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



turprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft aus (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands wird in diesem Jahr stagnieren.

Einige Ergebnisse der Prognose im Detail:

Außenhandel. Bereits seit dem dritten Quartal 2022 schrumpft der deutsche Außenhandel. Ende 2023 lagen die preisbereinigten Exporte 4,4 Prozent, die Importe sogar 7 Prozent unter dem damaligen Höchstwert. Die Entwicklung ist zum einen durch die schwache Weltwirtschaft bedingt. Zum anderen haben hohe Preissteigerungen die Importe gebremst.

Inflation und Geldpolitik. Hohe Energiekosten haben die Inflation in den vergangenen beiden Jahren angeheizt. Die Preissteigerungen sind zuletzt aber geringer ausgefallen. Die unsichere Lage im Nahen Osten birgt allerdings das Risiko, dass der Ölpreis und damit die Inflation wieder anziehen. Die Zentralbanken könnte dies dazu verleiten, noch etwas länger an ihrer restriktiven Geldpolitik festzuhalten, was wiederum die Investitionen bremst.

Privater Konsum. Dass die deutsche Wirtschaft nicht noch ein weiteres Jahr schrumpft, liegt zu einem großen Teil am Konsum der Bundesbürger. Dieser wächst im Jahr 2024 voraussichtlich um knapp 1 Prozent.

Arbeitsmarkt. Trotz der Rekordmarke von 46 Millionen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2024 werden die Folgen der konjunkturellen Schwäche auf dem Arbeitsmarkt zu sehen sein. Etwa 100.000 Arbeitslose mehr bedeuten einen Anstieg der Arbeitslosenquote um knapp 0,3 Prozentpunkte auf fast 6 Prozent.

Um die aktuelle Stagnationsphase zu überwinden, reicht es nicht, auf Besserung zu warten. Vielmehr braucht Deutschland ein wirtschaftspolitisches Programm, um sowohl den Standort zu stärken als auch die Investitionsbedingungen zu verbessern. Die wichtigsten Maßnahmen:

- Der Standort Deutschland hat einen der höchsten Steuersätze weltweit. Kurzfristige Entlastungen sind dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dazu zählt etwa, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen.
- Der drohende Anstieg der Sozialausgaben würde Arbeit noch teurer machen. Eine Reform der Rentenversicherung sollte oben auf der Agenda stehen, um den Kostendruck zu senken und das Wachstum anzukurbeln.
- Die marode Infrastruktur Deutschlands ist zunehmend ein Geschäftsrisiko. Das gilt nicht nur für Straßen und Brücken, sondern auch für Energienetze und die digitale Infrastruktur. Modernisieren und Ausbauen müssen deutlich schneller vorangehen.

IW-Prognose für Deutschland 2024

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts		
Erwerbstätige	0,7	1/4
Arbeitslosenquote	5,7	6
Arbeitsvolumen	0,4	1/4
Produktivität	-0,7	0
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts		
Private Konsumausgaben	-0,7	1
Konsumausgaben des Staates	-1,5	1/2
Anlageinvestitionen	-0,7	-1 1/2
- Ausrüstungen	3,0	-2
- Sonstige Anlagen	-0,6	1
- Bauten	-2,7	-2
Inlandsnachfrage	-0,9	0
Export	-2,2	-1
Import	-3,4	-1
Preisentwicklung		
Verbraucherpreise	5,9	2 1/4
Staatshaushalt		
Finanzierungssaldo	-2,1	-1 1/2

2023: Istwerte
 Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
 Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
 Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



• Viele Regulierungen und bürokratische Lasten machen Investitionen in Deutschland unattraktiv. Hier gilt es, nachzubessern, indem die öffentliche Verwaltung digitalisiert und Systeme vereinheitlicht werden.

• Gerade für Branchen, die stark von der Dekarbonisierung betroffen sind, ist ein stabiler und vor allem langfristiger Förderrahmen für die klimafreundliche Umstellung essenziell. Nur so können Unternehmen ihre notwendigen Investitionen tätigen.

• Viele der genannten Punkte müssen finanziert werden. Um die Mittel dafür freizumachen, gilt es zum einen, die öffentlichen Haushalte effizienter aufzustellen und so Geld zu sparen. Zum anderen muss die Politik eine Lösung finden, mehr Investitionen tätigen zu können, ohne dabei von der Schuldenbremse eingeschränkt zu werden (siehe Seiten 4-5).

IW-Report 24/2024

Hubertus Bardt et al.: Stagnation im sechsten Jahr – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2024

iwkoeln.de/fruehjahrsprognose

Investieren für Fortschritt

Wirtschaftsstandort D. Modern und wettbewerbsfähig statt marode und teuer: Will Deutschland diesen Status erreichen, braucht es Investitionen in Milliardenhöhe. Wie viel Geld die Regierung in die Hand nehmen muss, hat das IW zusammen mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung berechnet.

Bröckelnde Straßen, Brücken und Schienen, veraltete Wohn- und Schulgebäude, fehlende Infrastruktur für Strom, Wasserstoff und Wärme: Bundesweit gibt es massenhaft Investitionsbedarf. Gleichzeitig ist die Wirtschaft mitten in der

Rezession und die Aussichten für 2024 sind trüb (siehe Seiten 2–3).

Die Bundesregierung muss daher dringend handeln. Schließlich hat der Staat auf dem Weg aus der Krise eine absolute Schlüsselrolle: Er kann – und muss – mit eigenen Investitio-

nen privatwirtschaftliches Engagement anstoßen, Investitionen fördern und öffentliche Güter wie Bildungseinrichtungen und Verkehrsinfrastruktur modernisieren, sodass Deutschland auch in Zukunft ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleibt.

Wie hoch der Investitionsbedarf tatsächlich ist, haben das Institut der deutschen Wirtschaft und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung berechnet (Grafik):

Der öffentliche Investitionsbedarf in Deutschland für die kommenden zehn Jahre beträgt rund 600 Milliarden Euro.

Das sind noch mal 140 Milliarden Euro mehr als bei der letzten Berechnung der beiden Institute im Jahr 2019. Seitdem sind die Baupreise um fast 40 Prozent gestiegen und der Investitionsdruck hat zugenommen, auch durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den damit verbundenen Wegfall des russischen Pipeline-Erdgases als kostengünstige Brückentechnologie.

Allein rund ein Drittel der Summe muss die Regierung investieren, um die Dekarbonisierung voranzutreiben und klimaneutral zu werden. Der größte Einzelposten in diesem Bereich ist die energetische Gebäudesanierung. Weitere wichtige Aufgaben sind der Netzausbau für Strom, Wasserstoff und Wärme, die

Öffentliche Investitionen: Es braucht Milliarden

Geschätzter Investitionsbedarf in Deutschland für den Zeitraum von 2025 bis 2034 in Milliarden Euro

Infrastruktur auf kommunaler Ebene

Kommunale Infrastruktur	177,2
Ausbau des ÖPNV	28,5

Bildung

Ausbau von Ganztagschulen	6,7
Sanierungsbedarf der Hochschulen	34,7

Wohnungsbau

Anteil des Staates	36,8
--------------------	------

Überregionale Infrastruktur

Ausbau des Schienennetzes	59,5
Erhaltung und Ausbau der Bundesfernstraßen	39,0

Klimaschutz

Dekarbonisierung	200,0
Klimaanpassungen	13,2

Insgesamt	595,7
------------------	--------------

In Preisen des Jahres 2024; kommunale Infrastruktur: z. B. Sanierung und Bau von Schulen und kommunalen Straßen; Dekarbonisierung: z. B. energetische Gebäudesanierung, Ausbau erneuerbarer Energien und Wärmenetze; Klimaanpassungen: z. B. Hitze- und Starkregenschutz

Quellen: Arndt/Schneider (2023), Burchardt et al. (2021), Burret et al. (2021), Henger/Voigtländer (2022), Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Krebs/Steitz (2021), Maerschalk/Krause (2016), Raffer/Scheller (2023), Rauschenbach et al. (2021), Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

Förderung von Energieeffizienz und Innovationen sowie der Ausbau von erneuerbaren Energien. Hinzu kommen 13,2 Milliarden Euro für Klimaanpassungen. Das sind Investitionen, die den Kommunen helfen, sich vor extremem Wetter wie Starkregen oder Hitze zu schützen.

Weitere 177 Milliarden Euro – der zweitgrößte Posten – sind nötig, um den Sanierungsstau in den Städten und Gemeinden aufzuholen – beispielsweise von maroden Schulen und kaum befahrbaren Straßen.

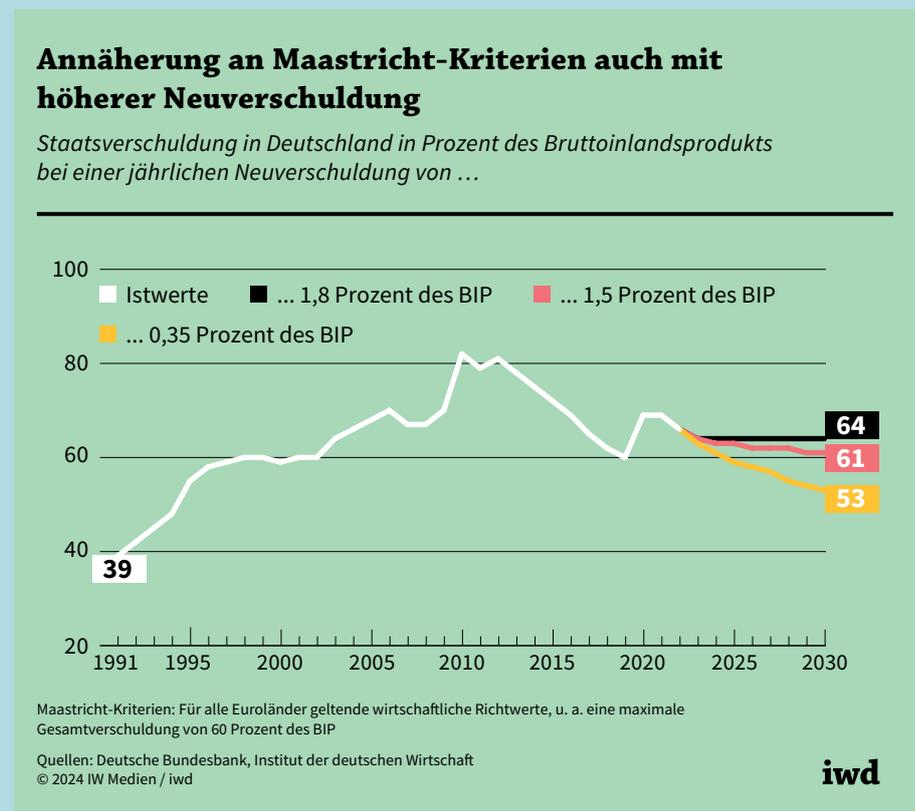
127,5 Milliarden Euro braucht es für Verkehrswege und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV): Mit 60 Milliarden Euro lässt sich das Schienennetz, für weitere 28,5 Milliarden der ÖPNV modernisieren und erweitern. Um die Fernstraßen auf Vordermann zu bringen sind 39 Milliarden Euro notwendig.

Für die Modernisierung der Bildungsinfrastruktur veranschlagt die Studie 41,4 Milliarden Euro. Davon entfallen 6,7 Milliarden Euro auf den Ausbau von Ganztagschulen, mit weiteren 34,7 Milliarden Euro müssten die Hochschulen saniert werden.

Um den zunehmenden Wohnungsmangel zu mildern, muss die Bundesregierung zudem stärker in den sozialen Wohnungsbau investieren. Ihr Ziel von 100.000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr hat sie zuletzt deutlich verfehlt (siehe iwd 26/2023). Um diese Zielmarke wieder zu erreichen, sind 36,8 Milliarden Euro nötig.

Insgesamt sind die geschätzten 600 Milliarden Euro eher eine Untergrenze des Investitionsbedarfs der kommenden zehn Jahre. So sind beispielsweise Investitionen für die Verteidigung oder in die Gesundheitsinfrastruktur nicht in der Rechnung enthalten.

Bleibt die Frage, woher das Geld kommen soll. Ausgaben von 60 Mil-



liarden Euro pro Jahr würden rund 1,4 Prozent des jährlichen BIP ausmachen – die Schuldenbremse erlaubt aktuell eine jährliche Neuverschuldung von 0,35 Prozent. Doch auch mit einer höheren Kreditaufnahme würde sich Deutschland an die im Maastricht-Vertrag für alle Euroländer festgelegte Obergrenze der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote von 60 Prozent annähern, wie IW-Berechnungen zeigen (Grafik):

Selbst mit einer jährlichen Neuverschuldung von 1,5 Prozent des BIP würde die Schuldenstandsquote in Deutschland von 66 Prozent im Jahr 2022 bis 2030 auf 61 Prozent sinken.

Mit einer jährlichen Neuverschuldung von 1,8 Prozent bliebe die Schuldenstandsquote immerhin konstant.

Grundsätzlich wäre also eine Reform der Schuldenbremse wünschenswert, um das nötige Geld bereitzustellen (siehe iwd 4/2024).

Da dies ein längerer Prozess wäre, Deutschland aber dringend investieren muss, sind allerdings Alternativen gefragt.

Eine Möglichkeit wäre ein Infrastrukturfonds, der wie ein Sondervermögen von der Schuldenbremse ausgenommen ist. Alternativ wäre eine „Goldene Regel“ denkbar, die als Zusatz zur Schuldenbremse formuliert würde und es dem Staat erlaubt, Kredite im Umfang der Investitionen aufzunehmen.

Damit das verfügbare Geld auch ausgegeben werden kann, braucht es ergänzend ein Planungsbeschleunigungsgesetz für die öffentlichen Investitionen, wie es die Bundesregierung zum Beispiel bereits beim kurzfristig nötigen Aufbau von LNG-Terminals verabschiedet hat.

IW-Policy Paper 2/2024

Michael Hüther et al.: Herausforderungen für die Schuldenbremse – Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation iwkoeln.de/investitionsbedarfe

Der Wunsch nach weniger

Arbeitszeit. Die Generation Z startet sukzessive ins Arbeitsleben. Viele der jungen Menschen wünschen sich dabei grundsätzlich kürzere Wochenarbeitszeiten als noch vor 20 Jahren – ein Trend, der nicht nur unter jüngeren Beschäftigten zu sehen ist.

Faul, egoistisch, arbeitsscheu – so lauten gängige Vorurteile über die Generation Z (Jahrgang 2000 und jünger), die nun nach und nach ins Berufsleben startet. Doch wünschen sich die Berufsanfänger wirklich viel mehr Freizeit als früher? Das IW ist der Frage anhand von Daten des sozio-oekonomischen Panels nachgegangen. Das Ergebnis (Grafik):

Die 15- bis 25-jährigen Beschäftigten in Deutschland wollten 2021 im Schnitt knapp drei Stunden pro Woche weniger arbeiten als im Jahr 2001.

Durchschnittlich gaben die Befragten 35 Stunden pro Woche als Wunscharbeitszeit an.

Doch nicht nur die Generation Z wünscht sich mehr Zeit fürs Privatle-

ben: Sowohl unter den 26- bis 40-Jährigen als auch in der Gruppe der über 40-Jährigen sank die gewünschte Wochenarbeitszeit in den vergangenen 20 Jahren um jeweils knapp zwei Stunden.

Beide Altersgruppen lagen zudem mit ihrer präferierten Stundenzahl unter jener der jungen Generation.

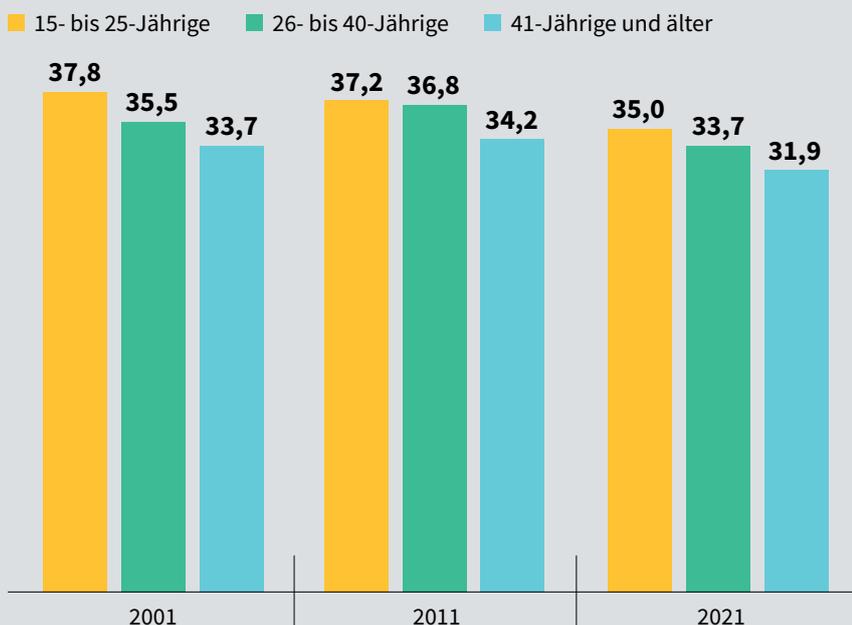
Das generell zunehmende Interesse an kürzen Arbeitszeiten ist jedoch ein gravierendes Problem für den deutschen Arbeitsmarkt.

Dadurch, dass die geburtenstarke Generation der Babyboomer – das sind diejenigen, die zwischen 1955 und 1964 geboren wurden – aktuell den Arbeitsmarkt nach und nach verlässt, sinkt das Angebot an Arbeitskräften.

Um einen Ausgleich zu schaffen, müssten verbleibende Beschäftigte also noch deutlich mehr arbeiten. Da die Wünsche der Arbeitnehmer in die andere Richtung tendieren, liegt es an der Politik, längere Arbeitszeiten attraktiver zu machen – etwa indem Steuern und Abgaben vermindert werden.

Arbeitszeit: Was sich Beschäftigte wünschen

Gewünschte wöchentliche Arbeitszeit von Beschäftigten nach Altersgruppen



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 24/2024

Andrea Hammermann, Holger Schäfer: Arbeitszeitwünsche von jungen Beschäftigten
iwkoeln.de/arbeitszeitwunsche

Es wird wieder mehr gestempelt

Arbeitsmarkt. Trotz Rezession war die Beschäftigung in Deutschland im vergangenen Jahr erstaunlich stabil. 2024 wird die anhaltende Konjunkturschwäche allerdings durchschlagen. Die Folge sind die höchsten Arbeitslosenzahlen seit dem Jahr 2015.

Weniger Güter, weniger Dienstleistungen – die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 0,3 Prozent geschrumpft. Dem Arbeitsmarkt hat das aber nicht geschadet, im Gegenteil: Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland stieg im Jahr 2023 um 340.000 Personen, das entspricht 0,7 Prozent. Die geleisteten Arbeitsstunden legten um 0,4 Prozent zu, das sind umgerechnet 250 Millionen Stunden.

Für diesen Widerspruch – weniger Produktivität, mehr geleistete Stunden – gibt es zwei Erklärungen:

- Aufgrund des demografischen Wandels halten Firmen ihre Fachkräfte, auch wenn sie nicht voll ausgelastet sind.
- Der Arbeitsmarkt reagiert erst verzögert auf konjunkturelle Auf- und Abschwünge.

Dass trotz der zunehmenden Erwerbstätigkeit die Zahl der Arbeits-

losen seit 2022 gestiegen ist, liegt an der hohen Nettozuwanderung der vergangenen Jahre. So kamen 2022 per saldo rund 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland, in den ersten elf Monaten 2023 waren es etwa 650.000. Den größten Anteil daran hatten ukrainische Flüchtlinge, die seit Mitte 2022 Anspruch auf Bürgergeld haben und damit auch für die Arbeitslosenstatistik relevant sind.

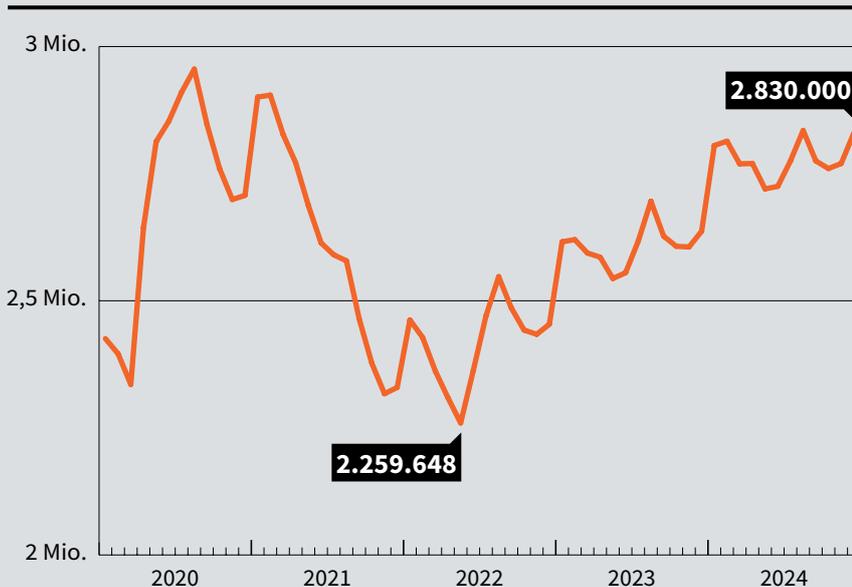
Für das laufende Jahr rechnet das Institut der deutschen Wirtschaft damit, dass sich die anhaltende konjunkturelle Schwäche Deutschlands stärker auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt (Grafik):

Im Jahresdurchschnitt werden in der Bundesrepublik im Jahr 2024 voraussichtlich annähernd 2,8 Millionen Menschen arbeitslos sein.

Damit steigt die Arbeitslosenquote auf etwa 6 Prozent, den höchsten Wert seit dem Jahr 2015. Das Allzeithoch aus dem Jahr 2005, als in Deutschland fast 4,9 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet waren, ist allerdings noch weit entfernt.

Arbeitsmarkt: Die Situation wird schwieriger

Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland



Ab April 2024: IW-Prognose
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 21/2024

Holger Schäfer, Stefanie Seele: Arbeitsmarkt 2024: Die Rückkehr der Arbeitslosigkeit?
iwkoeln.de/arbeitslosigkeit

Auf der Suche nach Fachkräften

Arbeitsmarkt. Die Fachkräftelücke in den MINT-Berufen ist in den vergangenen zwölf Monaten gesunken – allerdings nur aufgrund der konjunkturellen Lage in Deutschland. Am grundsätzlichen Mangel sowie den Auswirkungen des demografischen Wandels ändert das aber nichts. Vor allem drei Personengruppen könnten helfen, die Lücke zu verkleinern.

Die deutsche Wirtschaft steckt aktuell in der Rezession. Der konjunkturelle Einbruch macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. So sank die Fachkräftelücke im Bereich der MINT-Berufe, also für Stellen mit den Schwerpunkten Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik, von März 2023 bis März 2024 um rund 62.600.

Die Zahl der offenen MINT-Stellen ist aber weiter hoch, wie der MINT-Frühjahrsreport des IW zeigt:

Im März dieses Jahres gab es 449.300 vakante MINT-Posten. Dem standen bundesweit 213.900 arbeitslose Personen gegenüber, die eine entsprechende Beschäftigung suchten.

Berücksichtigt man, dass nicht jeder Arbeitslose die passende Qualifikation besitzt, bleibt unter dem Strich eine Arbeitskräftelücke von 244.400 Personen. Die größte gibt es bei Facharbeitern (Grafik Seite 9):

In Deutschland fehlten im März 2024 rund 111.500 MINT-Facharbeiter. Diese verfügen in der Regel über eine abgeschlossene Ausbildung in einem zugehörigen Beruf.

Knapp dahinter rangierten die MINT-Experten – dazu zählen vor allem Akademiker – mit rund 106.000 fehlenden Kräften.

Besser ist die Situation in der Gruppe der MINT-Spezialisten. Gut 26.900 Meister und Techniker

bräuchte es in Deutschland, um die offenen Stellen zu besetzen.

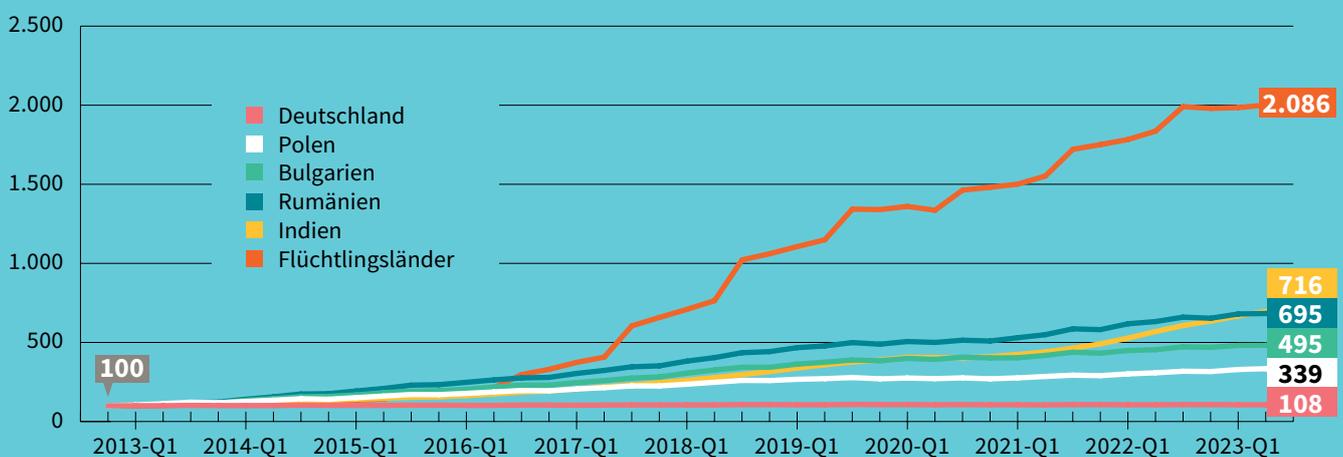
Differenziert nach Bereichen ist die MINT-Lücke mit annähernd 78.000 fehlenden Fachkräften in den Energie- und Elektroberufen am größten, gefolgt von der Maschinen- und Fahrzeugtechnik mit gut 45.000.

Dass die MINT-Lücke nicht noch größer ausfällt, liegt in erster Linie an ausländischen Beschäftigten.

Vom vierten Quartal 2012 bis zum dritten Quartal 2023 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer in MINT-Berufen um mehr als 110 Prozent. Die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte legte im selben Zeitraum um 7,5 Prozent zu.

Beschäftigung in MINT-Berufen nach Nationalitäten

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in MINT-Berufen in Deutschland, 4. Quartal 2012 = 100



Flüchtlingsländer: Afghanistan, Eritrea, Irak, Syrien

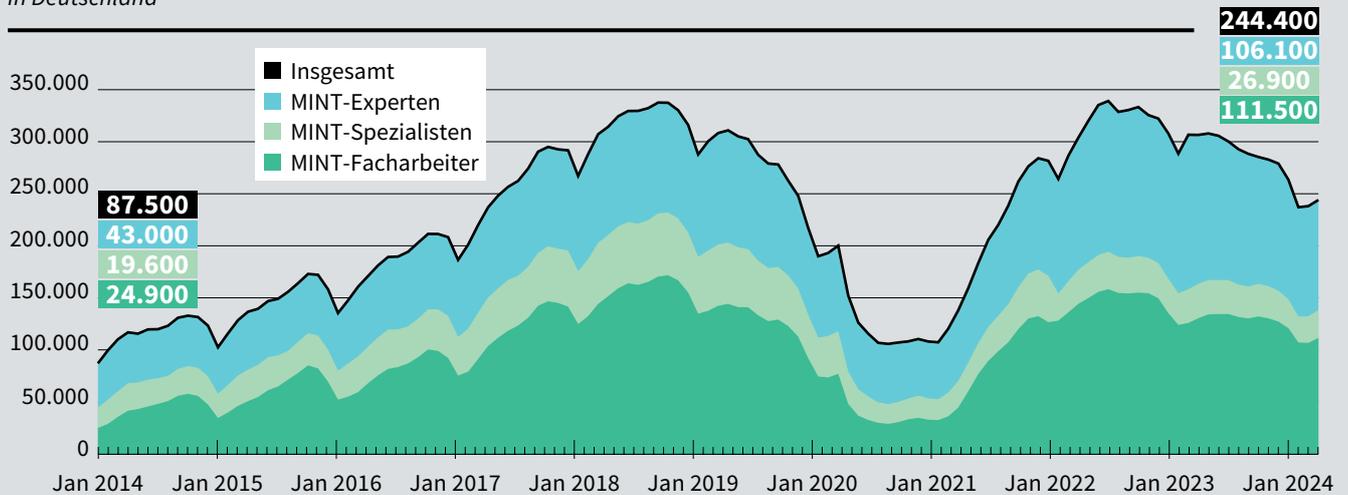
MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

So viele Fachkräfte fehlten in MINT-Berufen

in Deutschland



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

MINT-Experten: meist Akademiker; MINT-Spezialisten: meist Techniker und Meister; MINT-Facharbeiter: meist Ausbildungsabsolventen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Zur Einordnung: Wäre die Zahl der ausländischen MINT-Kräfte nur in dem Maße gestiegen wie die der deutschen, würden in Deutschland heute etwa 442.000 MINT-Kräfte zusätzlich fehlen.

In der Langzeitbetrachtung gab es das stärkste Wachstum bei den MINT-Beschäftigten aus Flüchtlingsländern (Grafik Seite 8):

Die Zahl von Menschen aus Afghanistan, Irak, Syrien und Eritrea in MINT-Berufen ist von Ende 2012 bis zum dritten Quartal 2023 um annähernd 2.000 Prozent gestiegen.

Absolut gesehen arbeiten nun statt gut 2.700 mehr als 56.500 Personen aus den vier Ländern im MINT-Bereich. Ebenfalls deutlich gestiegen – wenn auch bei Weitem nicht so stark – ist die Zahl der indischen und rumänischen MINT-Beschäftigten.

Trotzdem bleiben die Sorgen in den MINT-Berufen groß, denn mehrere Entwicklungen werden die MINT-Lücke in Zukunft wohl wachsen lassen: So steigt einerseits der MINT-Bedarf durch die Digitalisierung und durch alle Maßnahmen zum Klima-

schutz, während andererseits in den kommenden Jahren viele MINT-Beschäftigte in Rente gehen. Und dadurch, dass die nächste Generation auf dem Arbeitsmarkt zahlenmäßig kleiner ist, vergrößert sich die MINT-Lücke ohne Gegenmaßnahmen von ganz allein.

Drei Gruppen sollten Politik und Unternehmen deshalb besonders in den Blick nehmen, um sie für MINT-Jobs zu gewinnen:

Zuwanderer. Es bleibt das zentrale Ziel, Menschen aus anderen Ländern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Mit den 2023 beschlossenen Änderungen am Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein erster Schritt getan. Weitere sollten vor allem mit Blick auf den Bürokratieabbau folgen.

Außerdem sollte die Zuwanderung über die deutschen Hochschulen besser genutzt werden: Zugewanderte studieren besonders häufig MINT-Fächer. Bessere Unterstützungsangebote an Hochschulen könnten noch mehr von ihnen dazu bewegen, erfolgreich in Deutschland zu studieren und später zu bleiben.

Frauen. In MINT-Berufen sind Frauen unterrepräsentiert. Um das zu ändern, sollte der Fokus in der Berufs- und Studienorientierung nicht nur auf technischen Aspekten der Jobs liegen, sondern auch die für MINT-Berufe wichtigen Fähigkeiten Kreativität, Innovationsdenken und Teamfähigkeit hervorheben.

Auch die Bedeutung von MINT-Berufen für den Klimaschutz sollte stärker herausgestellt werden.

Ältere. Um die Folgen des demografischen Wandels abzufedern, gilt es, ältere Beschäftigte länger im Job zu halten. Mehr Weiterbildungsangebote auch von Hochschulen könnten Älteren helfen, mit den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt wie KI optimal umzugehen. Darüber hinaus ist die Politik gefragt, die Anreize für einen späteren Renteneintritt zu vergrößern. Gleichzeitig müssen Fehlanreize wie die „Rente mit 63“ verschwinden.

IW-Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke:
MINT-Frühjahrsreport 2024
iwkoeln.de/fruehjahrsreport2024

Hemmschuh Sanierung

Immobilienmarkt. Damit Deutschland seine Klimaziele im Gebäudesektor erreicht, sind energetische Sanierungen älterer Wohngebäude unerlässlich. Doch die hohen Kosten schrecken Besitzer sowie potenzielle Käufer bestehender Häuser und Wohnungen ab. Der Staat sollte sie gezielt unterstützen.

Wohnen und Klimaschutz – das ist seit Jahren bundesweit ein wichtiges Thema. Schließlich ist der Gebäudesektor für etwa 15 Prozent der CO₂-Emissionen hierzulande

verantwortlich. Rechnet man nach dem Verursacherprinzip – zählt also auch Emissionen etwa für Warmwasser, Klimatisierung und Beleuchtung in der Gesamtbilanz mit –, sind es

sogar 28 Prozent. Der größte Emissionsanteil im Gebäudesektor entfällt auf die privaten Haushalte, dort entstehen 77 Prozent. Der Rest verteilt sich auf Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

Die Energiebilanz privater Haushalte zu verbessern, ist demnach der größte Hebel, um die Klimaziele zu erreichen. Und das Potenzial ist hoch, wie eine Studie der IW Consult zeigt (Grafik):

Im Jahr 2023 hatte in Deutschland knapp die Hälfte der zum Verkauf stehenden Eigentumswohnungen und Häuser eine Energieklasse von E oder schlechter.

Ein Fünftel aller Angebote fiel sogar in die beiden schlechtesten Klassen G und H.

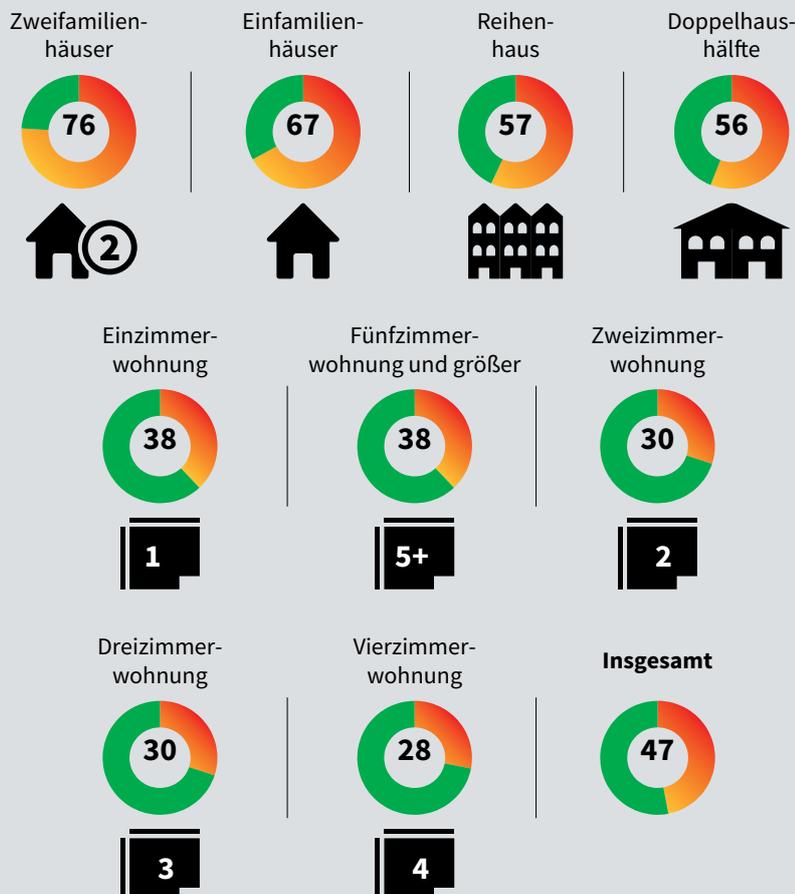
Insgesamt am besten schnitten Wohnungen mit zwei bis vier Zimmern ab. Hier wiesen nur rund 30 Prozent eine schlechte Energieeffizienz auf. Anders sieht es bei Häusern aus: Sowohl Doppelhaushälften als auch Reihenhäuser waren in mehr als der Hälfte der Fälle wenig energieeffizient. Noch schlechtere Werte haben freistehende Gebäude:

Von den inserierten Einfamilienhäusern hatten im Jahr 2023 zwei Drittel die Energieeffizienzklasse E oder schlechter, für Zweifamilienhäuser galt dies sogar in drei von vier Fällen.

Doch ein Umbau kann enorm kostspielig sein. Regional gibt es in Deutschland dabei massive Unter-

Energieeffizienz: Potenzial vor allem bei Häusern

So viel Prozent der im Jahr 2023 inserierten Angebote dieses Objekttyps in Deutschland hatten eine Energieeffizienzklasse von E oder schlechter



Energieeffizienzklasse: gibt an, wie energieeffizient ein Gebäude ist von A+ (sehr energieeffizient, Energiebedarf von weniger als 30 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr) bis H (nicht energieeffizient, Energiebedarf von mehr als 250 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr)

Quellen: Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

schiede. In Gebieten, in denen das Immobilienpreinsniveau ohnehin hoch ist, fallen die energetischen Verbesserungen weniger ins Gewicht. So sind die Mehrkosten in Miesbach (Bayern) mit durchschnittlich 12 Prozent des Kaufpreises am geringsten, München kommt auf 14 Prozent. In anderen Kreisen wie Hildburghausen (Thüringen) und Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt) verdoppeln sich die Anschaffungskosten einer Immobilie durch eine Modernisierung dagegen. Im Mittel zahlen Käufer eines Objekts mit Energieeffizienz E für eine energetische Sanierung nochmals 38 Prozent des Anschaffungspreises.

Wer sich beim Kauf die Sanierung sparen will und sich direkt für ein energieeffizientes Objekt entscheidet, muss allerdings ebenfalls tief in die Tasche greifen. In Großstädten ist eine Wohnung oder ein Haus mit Energieklasse A+ zum Beispiel im Schnitt 28 Prozent teurer als Vergleichsobjekte mit der mittleren Energieklasse D.

Angesichts der finanziell schwierigen Bedingungen auf dem Immobilienmarkt – die Preise für Bestandswohnungen und -häuser stiegen in Deutschland von 2005 bis 2022 um 129 Prozent – sind potenzielle Käufer verunsichert:

Für das Jahr 2024 planen lediglich 16 Prozent der Mieter im Alter bis 50 Jahre den Erwerb von Wohneigentum. Fünf Jahre zuvor waren es noch 31 Prozent.

Immerhin für gut die Hälfte der Kaufwilligen kämen auch renovierungs- und modernisierungsbedürftige Objekte infrage.

Neben den potenziellen Käufern spielen die bereits heute in einer wenig energieeffizienten Immobilie lebenden Personen eine zentrale Rolle für die energetische Sanierung. Auch unter ihnen ist die Finanzierung das große Thema (Grafik):

Energetische Sanierung: Finanzierung größtes Problem

So viel Prozent der Personen, die in der eigenen Immobilie wohnen, haben aus diesen Gründen bisher keine Umbau- oder Modernisierungsmaßnahmen in die Wege geleitet



Befragung von 137 Personen im Frühjahr 2024
 Mehrfachnennungen
 Quelle: Allensbach
 © 2024 IW Medien / iwd

57 Prozent der Immobilien-eigentümer haben bislang keine Modernisierungsmaßnahmen ergriffen, weil sie ihnen zu teuer sind.

Den hohen Aufwand beklagen 43 Prozent, für 31 Prozent sind Kredite derzeit zu teuer. Die zu geringe staatliche Förderung ist für gut jeden vierten Immobilienbesitzer ein Argument gegen einen Umbau. Andererseits wäre diese Form der Unterstützung für 28 Prozent ein Anreiz, die energetische Sanierung anzugehen – keine andere Maßnahme kommt auf einen ähnlichen Wert.

Die IW-Consult-Studie zeigt, dass sowohl die potenziellen Käufer als auch die Immobilieneigentümer aufgrund der Kosten vor energetischen Sanierungen zurückschrecken.

Der Staat kann und sollte eingreifen, um zum einen mehr Menschen die Vermögensbildung über eine eigene Immobilie zu ermöglichen und zum anderen die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen.

Neben der dringend benötigten Einführung der angekündigten „Jung kauft Alt“-Förderung, die die Finanzierungsbedingungen für den Kauf und die Sanierung von älteren Bestandsimmobilien verbessern soll, gibt es noch weitere Optionen. So würde eine reduzierte Grunderwerbsteuer Käufer entlasten.

Gutachten

Pekka Sagner, Johannes Ewald, Hanno Kempermann: Sanierungspotenziale von Wohnimmobilien in Deutschland
iwkoein.de/sanierungen

Immer mehr, immer länger

Weiterbildung. Lernen während des Berufslebens wird zunehmend zum Standard in deutschen Unternehmen. Die Zahl der Firmen, die ihren Mitarbeitern Weiterbildungen anbieten, ist auf einem Rekordhoch. Und auch gelernt wird immer länger – auch nach Dienstschluss.

Ob Digitalisierung oder der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft: Die Arbeitswelt und damit die Anforderungen an den einzelnen Beschäftigten verändern sich rasant. Neue Kompetenzen wie der Umgang mit künstlicher Intelligenz fallen nicht vom Himmel, sondern müssen erst erlernt werden. Das Schlagwort vom lebenslangen Lernen ist vielerorts schon Realität (Grafik Seite 13):

Laut IW-Weiterbildungserhebung boten 93 Prozent der Unternehmen ihren Mitarbeitern im Jahr

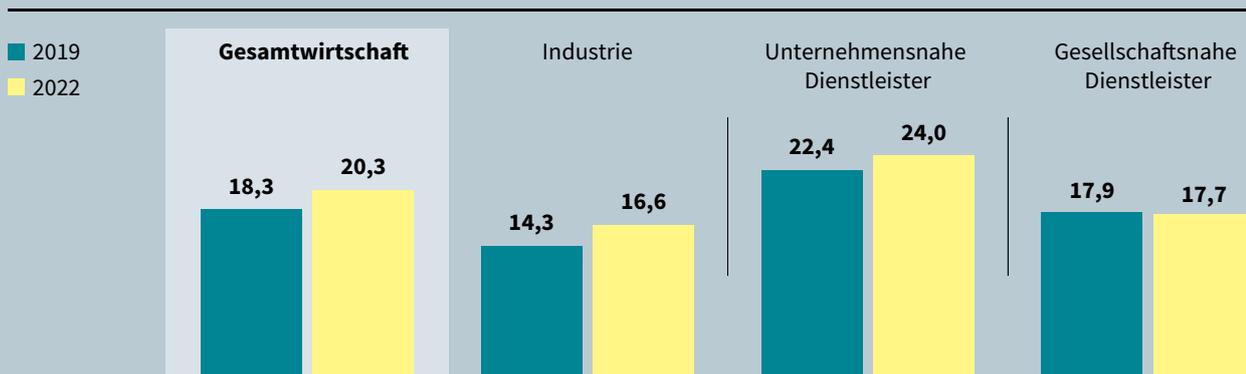
2022 Weiterbildungen an – ein Höchststand. Zum Vergleich: Im Jahr 2007 waren es nur rund 83 Prozent.

Die Industrie war 2022 mit einem Anteil von 96 Prozent der weiterbildungsaktivste Wirtschaftsbereich, dicht gefolgt von den unternehmensnahen Dienstleistern, zu denen etwa Banken gehören (93,5 Prozent). Etwas weniger im Fokus standen Weiterbildungen im Einzelhandel oder anderen gesellschaftsnahen Dienstleistern (89,3 Prozent).

Der deutliche Anstieg der Weiterbildung in der Industrie – in der letzten Erhebung 2019 kam sie auf 80,2 Prozent – liegt zum einen an den coronabedingten Nachholbedarfen. Zum anderen ist die Industrie aktuell in besonderem Maß vom beschleunigten Strukturwandel durch die Transformation betroffen. Die Dekarbonisierung erfordert mehr als anderswo fachliche Weiterbildung – zum Beispiel für klimafreundliche Autos, grünen Stahl oder eine emissionsärmere Produktion.

Weiterbildung: Beschäftigte lernen länger

So viele Stunden haben sich Beschäftigte dieser Branchen durchschnittlich weitergebildet



Nicht nur der Anteil der Unternehmen, die Weiterbildungen anbieten, ist zuletzt deutlich gestiegen, auch die aufgewendete Zeit hat sich erhöht (Grafik Seite 12):

Gut 20 Stunden haben sich Beschäftigte im Jahr 2022 durchschnittlich weitergebildet. Verglichen mit der letzten Erhebung 2019 waren das zwei Stunden mehr pro Person.

Mitarbeiter von unternehmensnahen Dienstleistern wie Banken und Versicherungen wendeten sogar durchschnittlich 24 Stunden pro Jahr für betriebliche Weiterbildung auf.

Der größte Anteil der Weiterbildungsstunden entfiel mit insgesamt mehr als 13 Stunden auf das informelle Lernen, worunter wiederum das Lernen in der Arbeitssituation mit knapp sechs Stunden der größte Posten war.

Mit 81,2 Prozent findet ein erheblicher Anteil der gesamten Weiterbildung während der (bezahlten) Arbeitszeit statt. Hier gibt es aber deutliche Unterschiede zwischen den Branchen: In der Industrie liegen mehr als 90 Prozent der Weiterbildung innerhalb der Arbeitszeit, bei den Dienstleistern ist das seltener der Fall. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern betrug der Anteil der Weiterbildung in der Arbeitszeit zuletzt 81,3 Prozent, bei den gesellschaftsnahen Dienstleistern 75,1 Prozent.

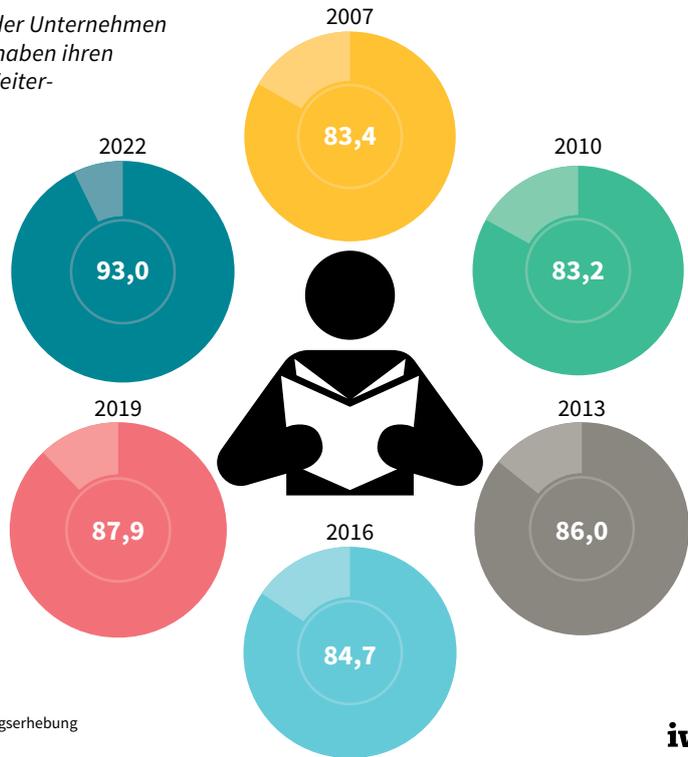
Die Beschäftigten investierten ihrerseits auch nach Dienstschluss Zeit, um sich weiterzuqualifizieren. Sie zeigen damit, dass sie sich ihrer Verantwortung für ihre berufliche Weiterentwicklung bewusst sind.

Weiterbildungen sind aber nicht nur ein Zeitfaktor, sondern kosten die Unternehmen auch Geld.

Die Firmen in Deutschland investierten im Jahr 2022 im Schnitt 1.347 Euro pro Mitarbeiter, das sind 9 Prozent mehr als 2019.

Betriebliche Weiterbildung wird zum Standard

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland haben ihren Beschäftigten Weiterbildungen angeboten



Quelle: IW-Weiterbildungserhebung © 2024 IW Medien / iwd

iwd

Darin enthalten sind direkte Kosten etwa für Dozenten, Teilnehmergebühren oder Lehrmaterialien und indirekte Kosten für die bezahlte Arbeitszeit. Insgesamt stieg das gesamtwirtschaftlich investierte Volumen in Weiterbildung verglichen zu 2019 real um 2,3 Prozent auf 46,4 Milliarden Euro. Die direkten Kosten waren mit 24,4 Milliarden Euro etwas höher als die indirekten (22 Milliarden Euro).

Und was lernen die Beschäftigten in den Weiterbildungen? Nach den Themenfeldern der betrieblichen Weiterbildung gefragt, wird berufliches Fachwissen von den Unternehmen mit 86 Prozent am häufigsten genannt, gefolgt von IT-Anwenderkenntnissen (42 Prozent) und Branchenkenntnissen (28 Prozent).

Nachhaltigkeitsthemen, seien sie ökologischer oder sozialer Natur, spielen bei den Weiterbildungsmaßnahmen dagegen als eigenständiges Thema kaum eine Rolle. Jedoch sind

sie auch Bestandteil des beruflichen Fachwissens, wenn beispielsweise die Installation von Photovoltaikanlagen im Rahmen einer Weiterbildung erlernt wird.

Für noch mehr Weiterbildung im Betrieb ist Zeit für die Arbeitgeber der limitierende Faktor: Die Firmen haben mehrheitlich keine Ressourcen für weitere Freistellungen ihrer Mitarbeiter und keine weiteren internen Kapazitäten für die Organisation der Maßnahmen. Nicht wenige Unternehmen beklagen zudem ein zu geringes Interesse bei den Mitarbeitern am Weiterbildungsangebot insgesamt, weshalb nicht mehr angeboten werde.

Aus IW-Trends 2/2024

Susanne Seyda et al.: IW-Weiterbildungserhebung 2023; Investitionsvolumen auf Höchststand iwkoeln.de/weiterbildungserhebung

Hochschulen ganz privat

Bildung. Immer mehr Menschen in Deutschland entscheiden sich für ein Studium. Jede vierte Person im erwerbsfähigen Alter hat heute einen akademischen Abschluss. Zuletzt haben vor allem die privaten Hochschulen vom Trend zum Studium profitiert.

Trotz des demografischen Wandels sind so viele Studenten wie nie zuvor an den Hochschulen und Universitäten in Deutschland eingeschrieben: Im Wintersemester 2023/2024 studierten hierzulande rund 2,9 Millionen Menschen.

Profiteure davon sind insbesondere die privaten Hochschulen. Zwar geben viele potenzielle Studenten noch immer an, dass deren Bildungsangebote zu teuer sind und/oder sie zu wenig über die privaten Einrichtungen wissen – dennoch erhöhten

sich die Studentenzahlen in den vergangenen 20 Jahren an privaten Hochschulen besonders stark.

Während im Wintersemester 2003/2004 knapp 2 Prozent aller Studenten in Deutschland an privaten Hochschulen eingeschrieben waren, waren es im Wintersemester 2023/2024 bereits 13 Prozent.

Dieser Run auf die privaten Hochschulen spiegelt sich mittlerweile auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt wider, wie eine IW-Befragung zeigt:

Im Jahr 2023 arbeiteten in knapp 22 Prozent der Unternehmen Personen, die eine private Hochschule besucht haben oder dies noch tun.

Grundsätzlich gilt: Je mehr Akademiker in einem Unternehmen beschäftigt sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dort Menschen mit privater Hochschulbildung arbeiten. In Unternehmen mit einem Akademikeranteil von mehr als 10 Prozent beschäftigt knapp die Hälfte Absolventen oder Studenten von privaten Hochschulen – in der Regel handelt es sich dabei um mittlere Betriebe mit 50 bis 249 Mitarbeitern oder große Betriebe mit mehr als 250 Mitarbeitern.

Lässt man den Akademikeranteil außen vor, so hat rund jedes fünfte kleine Unternehmen mit bis zu 46 Mitarbeitern Privathochschüler in den eigenen Reihen, bei den mittleren Unternehmen trifft dies bereits auf gut 30 Prozent zu.

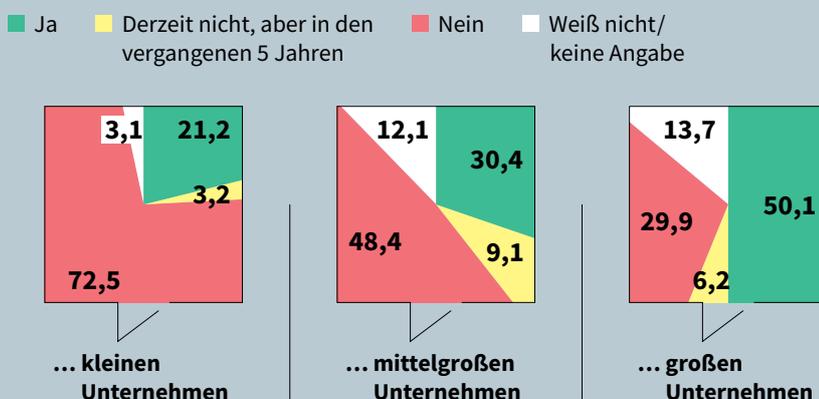
Noch eher trifft man diese Personen in großen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern (Grafik):

In rund 50 Prozent der großen Betriebe sind Personen mit privater Hochschulbildung vertreten.

Größere Unternehmen haben demnach häufiger Erfahrungen mit Privathochschulabsolventen gesammelt. Sie nutzen dadurch wahrscheinlich auch häufiger die Möglich-

Privathochschüler: Häufiger bei großen Unternehmen

Auf die Frage, ob sie Personen beschäftigen, die an einer privaten Hochschule studiert haben oder noch studieren, antworten so viel Prozent der ... wie folgt



Kleine Unternehmen: 1 bis 46 Mitarbeiter;
mittelgroße Unternehmen: 49 bis 249 Mitarbeiter;
große Unternehmen: 250 und mehr Mitarbeiter

Befragung von Personalverantwortlichen aus 291 kleinen, 123 mittelgroßen und 295 großen Unternehmen zwischen dem 6. Oktober 2023 und 7. Januar 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

keit, ihre Mitarbeiter an privaten Hochschulen berufsbegleitend weiterzubilden. Hierbei zeigt sich eine Stärke der privaten Hochschulen: Sie ermöglichen berufstätigen Personen einen Zugang zur akademischen Bildung.

Der Wert der privaten Hochschulen wird mittlerweile in den Unternehmen geschätzt (Grafik):

Knapp die Hälfte der Unternehmen in Deutschland, die sich eine Bewertung privater Hochschulen zutrauen, sieht den Praxisbezug im Studium als besondere Stärke.

47 Prozent der Personalverantwortlichen bestätigen, dass Absolventen von privaten Hochschulen schnell in den Beruf einsteigen können, und 46 Prozent sehen, dass sie schnell und positiv auf sich verändernde Anforderungen im Beruf reagieren.

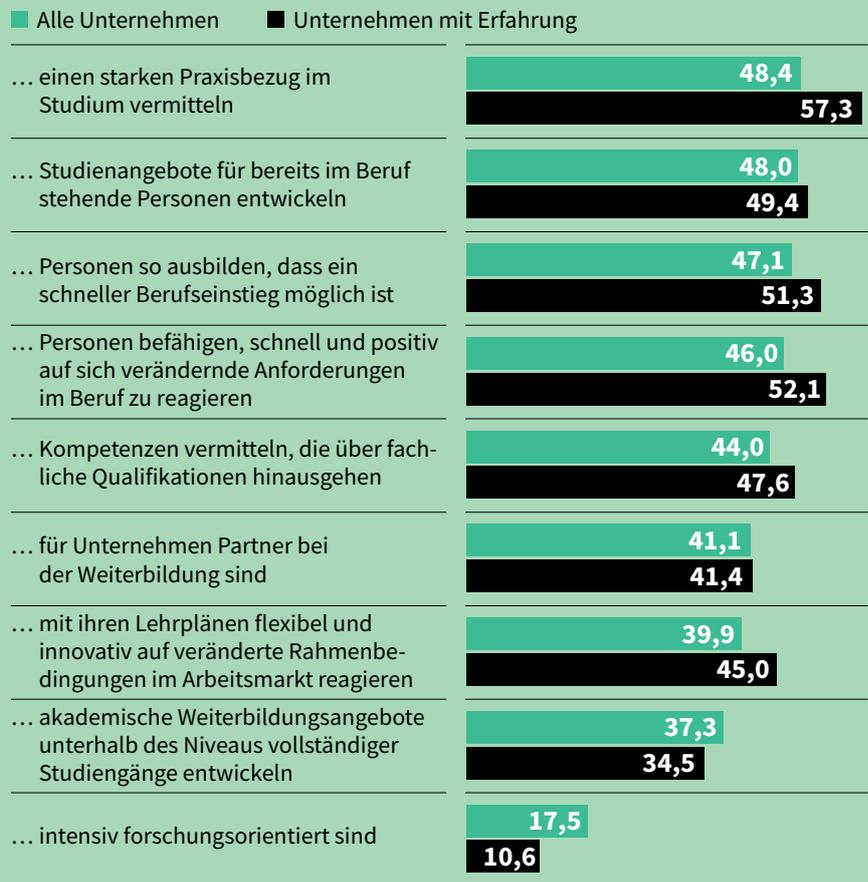
Bei Unternehmen, die bereits Erfahrungen mit privaten Hochschulabsolventen gesammelt haben, fällt das Urteil noch besser aus: Dort bewerten sogar gut 57 Prozent der Befragten den Praxisbezug als besondere Stärke.

Doch anscheinend haben viele Unternehmen immer noch kein klares Bild von den Vorzügen privater Hochschulen und ihrer Absolventen. Bei vielen Aspekten wollte oder konnte ein bedeutender Teil der Personalverantwortlichen keine Auskunft geben.

Deutlich wird dennoch: Nur wenige sehen in der Forschung eine Stärke der privaten Hochschulen – dies ist ihrem durch Studienentgelte finanzierten Geschäftsmodell geschuldet. Im Vergleich mit ihren

Private Hochschulen: Worin sie besonders gut sind

So viel Prozent der Unternehmen sehen eine besondere Stärke darin, dass private Hochschulen ...



Unternehmen mit Erfahrung: Unternehmen, die in den vergangenen fünf Jahren Absolventen privater Hochschulen beschäftigt haben oder aktuell beschäftigen. Befragung von Personalverantwortlichen aus 372 bis 428 Unternehmen, davon 217 bis 250 Unternehmen mit Erfahrung, zwischen dem 6. Oktober 2023 und 7. Januar 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



staatlichen Wettbewerbern liegen sie dafür in anderen Bereichen klar vorne – etwa in der praxisorientierten Ausbildung.

Aufgrund der sinkenden Zahlen in der klassischen Berufsausbildung und dem allgemeinen Fachkräftemangel wächst die Bedeutung der privaten Hochschulen in Deutschland zusehends. Für die Unterneh-

men sind sie eine gute Anlaufstelle, um qualifizierte neue Mitarbeiter zu finden oder die eigene Belegschaft gezielt weiterzubilden.

IW-Gutachten

Matthias Diermeier, Wido Geis-Thöne, Thomas Schleiermacher: Private Hochschulen in der Transformation – Employability aus Sicht der deutschen Wirtschaft iwkoeln.de/private-hochschulen

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiehdorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche

9,8



öffentliche Bibliotheken gab es im Jahr 2022 in Deutschland je 100.000 Einwohner. Spitzenreiter unter den Bundesländern ist nach Daten der Deutschen Bibliotheksstatistik Rheinland-Pfalz mit etwa 14 Bibliotheken je 100.000 Einwohner. Am Ende des Rankings stehen Bremen, Hamburg und Berlin, wo es auf 100.000 Einwohner gerechnet mit etwa zwei die wenigsten öffentlichen Bibliotheken gibt. Doch gerade dort – wo die Einwohnerzahl hoch und die Bibliotheksdichte gering ist – wird das Angebot der öffentlichen Einrichtungen gerne genutzt. Die Hamburger leihen pro Person jährlich sechs Bücher, DVDs oder andere Medien aus. Die Saarländer dagegen leihen im Jahr im Schnitt nur ein Medium aus. Allgemein haben es öffentliche Bibliotheken in Deutschland zunehmend schwer – das Internet und Dienstleister, die teils kostenlose Lese-Zugangsmöglichkeiten bieten, machen ihnen Konkurrenz. Im Jahr 2022 gab es bundesweit rund 8.000 öffentliche Bibliotheken. Das waren etwa 18 Prozent weniger als noch 2010, als es 9.900 gab.

Neu auf iwd.de:

Big-Mac-Index

Der Big-Mac-Index veranschaulicht das Zusammenspiel von Wechselkurs und Preisniveau. In welchen Ländern der McDonald's-Burger am teuersten beziehungsweise billigsten ist, lesen Sie auf iwd.de.

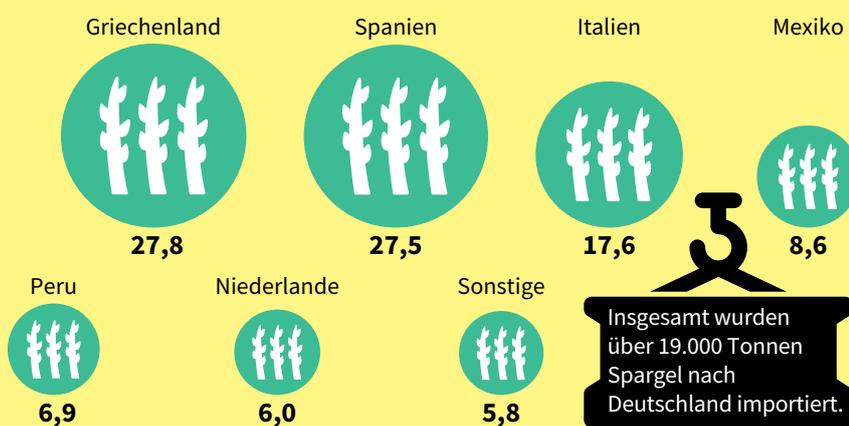


Top-Liste: Spaß an Spargel

Deutschland ist Spargelkönig – im europäischen Vergleich hat kein anderes Land eine höhere Erntemenge als die Bundesrepublik. Die heimischen Spargelbauern ernteten im vergangenen Jahr fast 112.000 Tonnen Spargel. Davon wurden weniger als 3 Prozent ins Ausland exportiert. Der Selbstversorgungsgrad Deutschlands mit frischem Spargel lag damit im vergangenen Jahr bei knapp 85 Prozent. Die Lust auf Spargel ist hierzulande noch größer als das Angebot: Die 15 Prozent, die nach Deutschland importiert wurden, entsprachen im Jahr 2023 etwa 19.300 Tonnen. Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge wurden 86 Prozent davon während der hiesigen Saison – sie geht von März bis Juni – eingeführt. Hauptimportländer sind Griechenland, Spanien und Italien. Pro Kopf haben die Deutschen zuletzt pro Jahr rund 1,4 Kilogramm Spargel verzehrt.

Spargel: Die wichtigsten Importländer

So viel Prozent des nach Deutschland importierten Spargels stammten im Jahr 2023 aus diesen Ländern



Sonstige: Länder, deren Importmenge nach Deutschland weniger als 1.000 Tonnen beträgt

Quelle: Statistisches Bundesamt

© 2024 Iiw Medien / iwd

iwd